

wird diese starke Konzentration der Vermögen in wachsendem Ausmaß an die nächste Generation vererbt, was nicht nur den gesellschaftlichen Zusammenhalt gefährdet, sondern auch die wirtschaftlichen und sozialen Anreizstrukturen auf den Kopf stellt.

Die Ansatzpunkte für die Problemlösungen im Vermögensbereich liegen auf der Hand: erstens die Erhöhung der Transparenz. Dafür sind vor allem eine Auskunftspflicht bei der Vermögenserhebung, der Einsatz von „*Oversampling*“, also die Einbeziehung von mehr Reichen in die Stichprobe, und ein regelmäßiger Reichtumsbericht der Bundesregierung notwendig. Zweitens die Einführung einer griffigen Erbschaftsteuer, deren Aufkommen zur Verringerung sozialer Unterschiede eingesetzt wird, etwa indem es für den Ausbau des sozialen Pflegesystems zweckgebunden wird, sowie einer Vermögensbestandssteuer, die die besonders vermögenden privaten Haushalte trifft.

Gerade die Erbschaftsteuer stellt ein valides Instrument zur Bekämpfung eines zweiten zentralen Problems des Verteilungsbereichs dar, der zu geringen sozialen Mobilität. Während es etwa mithilfe beharrlicher Anstrengungen zur Öffnung des Bildungssystems in den 1970er- und 1980er-Jahren gelungen ist, den Kindern aus den Arbeiterschichten die gesamte Bildungslandschaft zu öffnen, trifft dies heute immer weniger zu. Das Bildungssystem droht neuerlich schichtenspezifisch zu versteinern, was für die gesamte Gesellschaft äußerst gefährliche Auswirkungen mit sich brächte. Die Ansatzmöglichkeiten der Politik sind vielfältig. Sie müssen jedenfalls einen starken Schwerpunkt am Beginn der Bildungslaufbahn setzen, indem in Kindergärten und Volksschulen vor allem dort investiert wird, wo die sozialen Herausforderungen besonders groß sind.

Das dritte drängende Verteilungsthema bildet die kontinuierliche Zunahme der Ungleichheit der Primäreinkommen: Die zunehmende Dualisierung des Arbeitsmarktes, die in einer wachsenden Zahl von prekär und vor allem nicht kontinuierlich Beschäftigten zum Ausdruck kommt, spielt hier ebenso eine Rolle wie die Zunahme von Kapitaleinkommen, die nur einer kleinen Schicht an Vermögenden zugutekommt. Noch kann der Sozialstaat die zunehmende Ungleichheit der Primäreinkommen so kompensieren, dass die Sekundärverteilung in Österreich relativ egalitär ist. Doch massive Steuersenkungen, die notwendigerweise entsprechende Sozialausgabenkürzungen nach sich ziehen, können das sehr rasch ändern.

Nachhaltiger Staatshaushalt

Die budgetäre Ausgangslage für die neue Bundesregierung ist günstig: Der Konjunkturaufschwung wird das Budgetdefizit bereits 2018